

Dienstag 10. November 2020

Nummer 911

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Europäischer "Staatsfond" - Europäische Rücklagen zu Wachstumsunternehmen lenken

Autor : Emmanuel Sales



Europa hat zu viele Rücklagen und seinen Unternehmen fehlt es an Eigenkapital. Die Schaffung eines europäischen "Staatsfond" würde es ermöglichen, auf diese Herausforderung zu reagieren, indem mittelständische Unternehmen mit frischem Kapital versorgt werden, um ihre Entwicklung und Unabhängigkeit zu sichern

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Stiftung : Veröffentlichung - Gesundheit - Belarus **Kommission** : Wirtschaft - Lohnungleichheit - Airbus/Boeing **Parlament** : Haushalt/Rechtsstaatlichkeit - Neustart **Rat der Europäischen Union** : Wirtschaft/Finanzen - Eurogruppe - Verteidigung - Investitionen - Handel **Diplomatie** : Belarus - Türkei - USA **Österreich** : Terrorismus **Frankreich** : Schengen - Ratspräsidentschaft/EU **Litauen** : Koalition **Polen** : Abtreibung **Großbritannien** : Beziehung EU-UK - Lords/Abstimmung **Armenien** : Berg-Karabach **Kosovo** : Rücktritt **Europarat** : Konvention/70 Jahre **Europäischer Menschengenrichtshof** : Griechenland - Polen **OECD** : Niederlande/Korruption - Kandidaten **IWF** : Frankreich **Berichte / Studien** : Gesundheit - Verbraucher - Brexit **Kultur** : Ausstellung/Madrid - Ausstellung/Paris - Theater/Berlin - Jazz/London - Photo/Mailand - Konzert/ARTE

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Stiftung :

Der "Schuman-Bericht über Europa, Zustand der Union 2020"



Die Ausgabe 2020 des "Schuman-Berichts über Europa, der Zustand der Union", ein Nachschlagewerk für europäische Entscheidungsträger, ist jetzt in französischer Sprache in gedruckter Form erschienen, herausgegeben von Marie B. Er ist auch in elektronischer Form in Französisch und Englisch verfügbar, mit Beiträgen von führenden Persönlichkeiten und Experten.

Bereichert durch Originalkarten und kommentierte Statistiken, bietet dieser Bericht einen umfassenden Überblick über die Europäische Union und analysiert die Herausforderungen, denen Europa gegenübersteht. Sie können den Bericht auf unserer Seite bestellen... [Fortsetzung](#)

Übersicht zu den Gesundheitsmaßnahmen und Reisebedingungen in Europa



Ausgangssperren, Geschäftsschließungen, Bewegungseinschränkungen oder Lockdowns, die europäischen Länder unternehmen Schritte, um mit dem Wiederaufflammen der Pandemie fertig zu werden und versuchen, ihre Aktionen zu koordinieren. Die Stiftung bietet Ihnen eine Zusammenfassung der Gesundheitsmaßnahmen vor Ort und der Reisebedingungen in ganz Europa an. Eine unverzichtbare Ressource, die regelmäßig aktualisiert wird, um die Situation zu verstehen... [Fortsetzung](#)

Belarus: Chronologie einer Revolution



Die Union hat ein Verfahren zur Sanktionierung von Alexander Lukaschenko eingeleitet, den sie nach der "manipulierten" Wahl vom 9. August nicht mehr als Präsidenten anerkennt. Unterdessen protestiert das belarussische Volk weiterhin gegen seine fortgesetzte Herrschaft und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Um diese Krise zu verfolgen, bietet Ihnen die Stiftung eine Chronologie der Ereignisse und Links zu europäischen Reaktionen und Initiativen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Wirtschaftsprognose für den Herbst



Das BIP der EU wird im Jahr 2020 voraussichtlich um 7,4% und das der Eurozone um 7,8% sinken. Dies geht aus den am 5. November von der Kommission veröffentlichten Prognosen hervor, dies ist jedoch eine Aufwärtskorrektur gegenüber den Prognosen vom Juli (-8,7% und -8,3%). Die Kommission prognostiziert eine Erholung von 4,2% im Jahr 2021 und 3% im Jahr 2022, aber es wird nicht erwartet, dass das BIP der Union vor Ende 2022 wieder den Stand von vor der Pandemie erreicht. Die Verschuldung im Euroraum, die 2019 auf 85,9% des BIP geschätzt wurde, dürfte bis 2022 wachsen und 102,6% des BIP ausmachen. Es wird auch erwartet, dass die Arbeitslosenquote bis 2021 weiter steigt und 8,6% in der EU und 9,4% in der Eurozone erreicht. Es wird erwartet, dass die Inflation in der Union und in der Eurozone im Jahr 2022 1,5% und 1,3% erreichen wird... [Fortsetzung](#)

Lohnleichheit für Männer und Frauen im Jahr 2020



Anlässlich des europäischen Tages der Lohnleichheit am 10. November prangerten die für Werte und Transparenz zuständige Vizepräsidentin der Kommission, Vera Jourova, der Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit und die Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, die Überrepräsentation von Frauen in den am schlechtesten bezahlten Berufen und die übermäßigen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen an, die durch die Pandemie weiter zementiert wurden. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen wird nach den von Eurostat veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2020 auf 14,1% geschätzt... [Fortsetzung](#)

Boeing/Airbus-Konflikt: EU reagiert auf US-Zölle



Brüssel kündigte am 9. November Zollsanktionen gegen die USA, wegen des Streits zwischen Airbus und Boeing, an, um eine Verhandlungslösung für den mehr als 15 Jahre alten Konflikt zu erreichen. "Wir haben eine Entscheidung der Welthandelsorganisation (WTO) im Boeing-Fall, die es uns erlaubt, Zölle zu erheben, und das tun wir auch", sagte Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis, während er hinzufügte, Brüssel sei weiterhin offen für eine Verhandlungslösung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Haushalt: Einigung mit dem Rat über rechtsstaatliche Konditionalität



Das Parlament und der Rat erzielten am 5. Oktober eine vorläufige Einigung über die Schaffung eines Konditionalitätssystems, das den Zugang der Mitgliedstaaten zu Mitteln aus dem Unionshaushalt und dem Konjunkturprogramm von der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Werte der Union abhängig macht. Auch für Staaten, die des Betrugs oder der Korruption verdächtigt werden, werden die Mittel ausgesetzt, um den Missbrauch des Unionshaushalts zu verhindern. Begünstigte wie Studenten oder Landwirte werden die Möglichkeit haben, online eine Beschwerde einzureichen, um in den Genuss der Gelder zu kommen, die sie aufgrund des Fehlverhaltens ihres Staates nicht erhalten haben... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Positive Abstimmung über den Aufbau des Neustart und Resilienzfazilitätprogrammes



Der Haushalts- und Wirtschaftsausschuss des Parlaments stimmte am 9. November für den Aufbau des Neustart und Resilienzfazilitätprogrammes, ein mit 672,5 Milliarden Euro ausgestattetes Instrument zur Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung. Die Abgeordneten wollen, dass mindestens 40% der Ausgaben jedes nationalen Plans dem Klimawandel und mindestens 20% der digitalen Technologie gewidmet werden. Sie fordern auch, dass die Mittel für vier Jahre (statt drei) zur Verfügung stehen, dass die Mitgliedstaaten eine Vorfinanzierung von bis zu 20% (statt 10%) beantragen können und dass die Kommission dem Parlament alle

sechs Monate Bericht erstattet. Diese Position wird das Verhandlungsmandat des Parlaments mit dem Rat bilden... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister



Am 4. November erörterten die 27 Wirtschafts- und Finanzminister einen Entwurf für die Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung, welcher stärker harmonisierte Vorschriften und einen europäischen Überwachungs- und Unterstützungsmechanismus für die nationalen Finanzfahndungsstellen vorsieht. Sie erörterten auch notleidende Kredite (bei denen der Schuldner keine Zinsen zahlt), Gesetzesvorschläge zu Finanzdienstleistungen und die Änderung der Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Besteuerung... [Fortsetzung](#)

Treffen der Eurogruppe



Die Minister der 19 Mitglieder der Eurogruppe diskutierten am 3. November über die Entwicklung der Weltwirtschaft und der Eurozone während der Pandemie. Sie setzten ihre Vorbereitungen für die Einrichtung der 672,5 Milliarden Euro schweren Fazilität für Wiederaufbau und Resilienz fort. Sie zogen Bilanz über die Umsetzung der von der Union im Frühjahr eingeleiteten Maßnahmen, wie das SURE-Programm, den Garantiefonds der Europäischen Investitionsbank und die Kreditlinie zur Überwindung der Gesundheitskrise. Die Prioritäten des Aufsichtsrates der Europäischen Zentralbank und des Einheitlichen Abwicklungsausschusses wurden vorgestellt... [Fortsetzung](#)

Vereinbarung über ständige strukturierte Zusammenarbeit



Der Rat legte am 5. November die Bedingungen fest, unter denen Drittstaaten im Rahmen der ständigen strukturierten Zusammenarbeit an bestimmten Verteidigungsprojekten teilnehmen können. Zu diesen Bedingungen gehören die Achtung der Werte der Union und ihrer Sicherheits- und Verteidigungsinteressen sowie der Austausch von Verschlusssachen mit der Union. Bei ihrem Treffen am selben Tag erörterten die Repräsentanten der großen Staaten der Union die zunehmende terroristische Bedrohung und die Mobilisierung der Streitkräfte nach dem Wiederaufflammen der Pandemie sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der NATO... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Standpunkt zum InvestEU-Programm



Der Rat verabschiedete am 4. November seinen Standpunkt für die Verhandlungen über das europäische Investitionsförderprogramm InvestEU in Höhe von 23,5 Milliarden Euro. Er fordert eine Zuweisung von 35% für die Erneuerung der Infrastruktur, 27,5% für Forschung, Innovation und Digitales, 27% für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und 10% für Ausbildungsprogramme. Das Parlament muss noch sein Verhandlungsmandat verabschieden... [Fortsetzung](#)

Treffen der Handelsminister



Die Handelsminister erörterten am 9. November das Thema Handelspolitik nach verschiedenen Gesichtspunkten. Man sprach über die Kommission, die WTO und die Beziehungen zu den USA und China. Die Minister bekräftigten die Notwendigkeit der Reziprozität in den Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsabkommen (CAI) mit China und ihr Engagement für eine konstruktive Handelsagenda mit den Vereinigten Staaten. Einige Minister forderten die Einbeziehung des Themas der Geschlechtergleichstellung in die Handelspolitik. Die Handelspolitik der Kommission wird Anfang 2021 in eine Mitteilung münden, in der die handelspolitischen Leitlinien für die nächsten 5 Jahre festgelegt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Sanktionen gegen Lukaschenko und 14 belarussische Verantwortungsträger



Am 6. November verabschiedete der Rat Sanktionen gegen 15 führende Köpfe des belarussischen Regimes, darunter Alexander Lukaschenko, wegen ihrer Rolle bei der Niederschlagung der Demokratiebewegung. 59 Personen dürfen nun das Territorium der Union nicht mehr betreten und ihr Vermögen wird eingefroren. Europäischen Bürgern und

Unternehmen mit Sitz in der Union ist es ebenfalls verboten, diesen Personen Gelder zur Verfügung zu stellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Illegale Bohrungen im Mittelmeer: Verlängerung der Sanktionen



Am 6. November verlängerte der Rat die Sanktionen gegen zwei türkische Staatsangehörige wegen der Ölbohrungen in zypriotischen Hoheitsgewässern um ein Jahr. Diese restriktiven Maßnahmen, die im Februar 2020 beschlossen wurden, bestehen aus einem Einreiseverbot in das Gebiet der Union und dem Einfrieren von Vermögenswerten.

Darüber hinaus ist es Personen und Organisationen aus der EU nicht gestattet, diesen Personen Gelder zur Verfügung zu stellen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Reaktionen auf die Wahl von Joseph Biden



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Präsident des Europäischen Rates Charles Michel sowie die meisten europäischen Staats- und Regierungschefs gratulierten Joe Biden nachdem er zum 46. US-Präsidenten gewählt wurde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Österreich :

Terrorismus mit allen Mitteln entgegentreten



Am 3. November äußerte sich der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz im Anschluss an den, mutmaßlich vom islamischen Staat begangenen, Terroranschlag, der am 2. November in Wien stattfand und bei dem 4 Menschen getötet und 15 verletzt wurden. Er sagte, dass "wir dem Terrorismus mit allen Mitteln entgegentreten müssen und werden", warnte aber auch vor Spaltung und Vermischungen, was den Terroristen in die Hände spielen würde. Das Ereignis rief ebenfalls viele Reaktionen aus anderen EU-Ländern hervor... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Emmanuel Macron fordert eine Neugestaltung des Schengen-Raums



Bei einem Besuch am 5. November sagte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, er befürworte eine vollständige Neugestaltung des Schengen-Raums und der Freizügigkeit. Er forderte einen besseren Schutz der Binnengrenzen, um die "sekundäre" Einwanderung zu begrenzen, und forderte auch strengere Kontrollen an den Außengrenzen. Macron fordert, dass sich die Innenminister der Schengen-Mitgliedstaaten regelmäßiger treffen, um gemeinsame Regeln zu beschließen. Er kündigte an, dass er auf dem nächsten Europäischen Rat entsprechende Vorschläge unterbreiten werde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Vorbereitung der französischen Ratspräsidentschaft der Union



Am 4. November erörterte der Ministerrat die Grundzüge der französischen Ratspräsidentschaft der Union im ersten Halbjahr 2022. Diese Präsidentschaft wird sich drei Hauptthemen widmen: Neustart, Stärke, Zugehörigkeit, insbesondere in den Bereichen des Überganges bei den Themen Klima- und Digitaltechnologien und die Konferenz über die Zukunft Europas. Es wird auch ein Kulturausschuss eingerichtet, um der Präsidentschaft eine zusätzliche Dimension zu verleihen... [Fortsetzung](#)

Litauen :

Koalitionsvertrag der konservativen Parteien zur Regierungsbildung unter Führung von Ingrida Simonyte



Am 9. November unterzeichnete die bei den Parlamentswahlen vom 25. Oktober siegreiche konservative Koalition, bestehend aus der Union Patriotischer Christlicher Demokraten, der Liberalen Bewegung und der Freiheitlichen Partei, einen Koalitionsvertrag zur Bildung einer Regierung unter der Führung von Ingrida Simonyte, die die Spitzenkandidatin der Union Patriotischer Christlicher Demokraten war. Das Abkommen legt auch die Grundzüge der von der neuen Regierung zu verfolgenden Politik fest, darunter eine Erhöhung der Lehrergehälter, die Legalisierung der eingetragenen Partnerschaft von Menschen gleichen Geschlechts und ein grüner Pakt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Aussetzung der Entscheidung des Verfassungsgerichts zum Thema Abtreibung



Die polnische Regierung hat die Veröffentlichung der Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 22. Oktober, die das Recht auf Abtreibung einschränkt, im Amtsblatt ausgesetzt. Die Entscheidung des Gerichts, die bis zum 2. November hätte veröffentlicht werden müssen, um wirksam zu werden, löste im ganzen Land eine Protestwelle aus...

[Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Die Verhandlungen mit der Union gehen weiter



Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der britische Premierminister Boris Johnson tauschten am 7. November ihre Meinungen über den Stand der Verhandlungen über die Zukunft der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Großbritannien aus. "Es wurden Fortschritte erzielt, aber es bestehen weiterhin "große Unterschiede", insbesondere bei den Themen Fischerei und fairer Wettbewerb. Der Chefunterhändler der Union, Michel Barnier, ist am 9. November in London eingetroffen, um zu versuchen, eine Einigung zu erzielen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Das britische Oberhaus lehnt einen Teil des Binnenmarktgesetzes ab



Am 9. November stimmte das britische Oberhaus mit 433 zu 165 Stimmen dafür, Klauseln aus dem Binnenmarktgesetz zurückzuziehen, die gegen das mit der Europäischen Union ausgehandelte Austrittsabkommen und gegen internationales Recht verstoßen. Die Klauseln 44, 45 und 47 des von der Regierung von Premierminister Boris Johnson eingebrachten Gesetzentwurfs sehen neue Befugnisse für britische Minister in Bezug auf die Zollpolitik in Nordirland sowie die Möglichkeit vor, die Bestimmungen des am 9. Oktober 2019 verabschiedeten Abkommens auszusetzen. Dies war eine große Niederlage für die Regierung, da 44 konservative Lords nicht dem Regierungsvorschlag folgten und für den Ausschluss der umstrittenen Klauseln stimmten. Das Gesetz muss nun wieder im Unterhaus diskutiert werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Armenien :

Waffenstillstand in Berg-Karabach



Armenien und Aserbaidschan unterzeichneten in der Nacht vom 9. auf den 10. November einen von Russland unterstützten Waffenstillstand, um die Kämpfe in Berg-Karabach zu beenden. Dem Abkommen zufolge behalten die aserbaidzhanischen Streitkräfte die seit Beginn des Konflikts, der Ende September begann, eroberten Gebiete, insbesondere Susa, eine Stadt zwischen Stepanakert, der Hauptstadt Berg-Karabachs, und Armenien. Berg-Karabach ist eine selbsternannte Republik mit armenischer Bevölkerungsmehrheit. In Jerewan drangen Demonstranten in das armenische Parlament ein, um gegen dieses Abkommen zu protestieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kosovo :

Rücktritt und Inhaftierung des wegen Kriegsverbrechen angeklagten Präsidenten



Der Präsident des Kosovo, Hashim Thaci, kündigte am 5. November seinen Rücktritt an, nachdem der Sondergerichtshof in Den Haag die Anklage gegen ihn, wegen Kriegsverbrechen während des Konflikts mit Serbien in den Jahren 1998 und 1999, bestätigt hatte. Der bisherige Präsident des Parlaments, Vjosa Osmani, fungiert als Interimspräsident. H. Thaci, der sich im Gefängnis Scheveningen in Den Haag in Haft befindet, bekannte sich bei seiner ersten Anhörung vor Gericht am 9. November für nicht schuldig.

Anschließend wurde er im Gefängnis Scheveningen in Den Haag inhaftiert und wird vor dem Gericht für eine erste Anhörung am 9. November erscheinen. Als Interimspräsident fungiert der Parlamentspräsidenten Vjosa Osmani... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Europarat :

70 Jahre Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte



Die Europäische Menschenrechtskonvention feierte am 4. November ihr 70-jähriges Bestehen. Diese wurde am 4. November 1950 in Rom von den Mitgliedstaaten des Europarates und im Namen Frankreichs von Robert Schuman, dem damaligen Außenminister, unterzeichnet. Anlässlich dieses Jahrestages bekräftigten die Außenminister der 47 Mitgliedsstaaten ihr Engagement für die Einheit Europas und eine größere Solidarität zwischen den Nationen. In einer Erklärung, die von Griechenland, Ungarn, der Türkei

und Azebaidschan nicht unterzeichnet wurde, erinnerten die Minister daran, dass die Konvention "eindeutig unüberwindbare 'rote Linien' festlegt, die selbst in Zeiten einer ernststen Krise der öffentlichen Gesundheit nicht überschritten werden dürfen"...
Fortsetzung

[Andere Links](#)

Europäischer Menschengerichtshof :

Griechenland wegen Verletzung der Meinungsfreiheit eines Journalisten verurteilt



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte Griechenland am 5. November wegen der Verletzung der Meinungsfreiheit eines Journalisten. Dieser wurde wegen der Veröffentlichung eines Artikels, in dem er einen Schuldirektor als Neonazi bezeichnete, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht kritisierte das griechische Gericht, weil es nicht ausreichend geprüft habe, ob die Ausübung der Meinungsfreiheit des Journalisten tatsächlich das Privatleben des Schulleiters verletzte. Man ist der Ansicht, dass die Verurteilung des Journalisten eine abschreckende Wirkung auf die öffentliche Debatte hatte und dass der Schulleiter sich durch die Veröffentlichung von Artikeln, die sich positiv zu der Partei Goldene Morgenröte und der Militärdiktatur äußerten, der öffentlichen Aufmerksamkeit und somit der journalistischen Kritik ausgesetzt hatte... [Fortsetzung](#)

Verurteilung Polens wegen unter Folter erlangter Beweise



In einem Urteil vom 5. November entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass die Beweismittelzulassung von Aussagen an polnischen Gerichten gegen das Recht auf ein faires Verfahren verstößt, wenn diese Beweismittel von Mitgliedern einer kriminellen Bande durch Folter erpresst wurden. Ein polnischer Staatsangehöriger war aufgrund von unter Folter aufgezeichneten Aussagen zu 12 Jahren Haft wegen Kokainhandels verurteilt worden, was dem Gericht zufolge das gesamte Verfahren seiner Fairness beraubte... [Fortsetzung](#)

OECD :

Bericht über transnationale Korruption in den Niederlanden



Am 5. November veröffentlichte die OECD-Arbeitsgruppe zur "Korruption" ihre Einschätzung des Kampfes gegen transnationale Korruption in den Niederlanden. Die Studie begrüßt die Intensivierung des Kampfes gegen Bestechung durch die Einrichtung spezieller Ermittlungs- und Strafverfolgungsteams. Sie weist jedoch darauf hin, dass die derzeit lediglich neun Verurteilungen angesichts der Größe und des Risikoprofils der niederländischen Wirtschaft unzureichend sind. Die OECD rät der niederländischen Regierung, die Bearbeitungszeiten von Fällen zu verkürzen und das System zum Schutz von Informanten zu verbessern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Zehn Kandidaten für den Posten des Generalsekretärs



Die OECD hat am 2. November die offizielle Liste der Kandidaten veröffentlicht, die von den Mitgliedsländern für das Amt des Generalsekretärs der Organisation nominiert wurden, das derzeit José Ángel Gurría aus Mexiko innehat. Von den 10 vorgeschlagenen Kandidaten kommen 6 aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der vom OECD-Rat nach Gesprächen mit OECD-Mitgliedern ausgewählte Kandidat wird sein Amt am 1. Juni 2021 für eine Amtszeit von fünf Jahren antreten...
[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

IWF :

Wirtschaftliche Perspektiven für Frankreich



Am 2. November veröffentlichte der IWF einen Bericht über die wirtschaftlichen Aussichten Frankreichs. Man prognostiziert ein BIP-Wachstum von 5 bis 6% im Jahr 2021, das von der Entwicklung der Pandemie und den zu deren Bekämpfung ergriffenen Maßnahmen abhängen wird. Der Bericht empfiehlt, auch in einem Kontext der zweiten Welle weiterhin starke und flexible Budgethilfe zu leisten...
[Fortsetzung](#)

Berichte / Studien :

Drittes Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit

Am 6. November veröffentlichte die Kommission ihren Bericht über die Umsetzung des EU-Gesundheitsaktionsprogramms für 2018. 9,1 Millionen Euro wurden für sieben



Projekte ausgegeben, um den Transfer bewährter Verfahren zu fördern und die Verbreitung auf nationaler und europäischer Ebene zu unterstützen. 7,9 Millionen Euro wurden für die Stärkung der Kapazitäten zur Bekämpfung von Gesundheitsbedrohungen, für Laborkapazitäten und für die Umsetzung der Internationalen Gesundheitsvorschriften ausgegeben...
[Fortsetzung](#)

Bericht über Verbraucherkreditverträge



Am 5. November veröffentlichte die Kommission einen Bericht über die Richtlinie über Verbraucherkreditverträge (2008), die das Entstehen eines Binnenmarkts für Kredite fördern und den Verbraucherschutz stärken soll. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Richtlinie bei der Erreichung dieser beiden Ziele "teilweise wirksam" war, und hebt den Mehrwert der Richtlinie und die Vorteile für den Verbraucher hervor. Das Ziel wird in Bezug auf die Sensibilisierung erreicht: 72% der Bürger sind sich des Widerrufsrechts und 82% des Rechts auf vorzeitige Rückzahlung bewusst... [Fortsetzung](#)

Die Vorbereitung für den Brexit sind unzureichend



In einem am 6. November veröffentlichten Bericht hebt das National Audit Office (NAO) die mangelnde Vorbereitung Großbritanniens auf den Brexit hervor. Obwohl das Land nur noch zwei Monate vor dem Ende der Übergangsperiode vor dem Austritt aus der Europäischen Union steht. Man stellt fest, dass Transitzonen für Lastwagen nicht bereit sind, Computersysteme nicht getestet wurden und es nicht genügend Zollbeamte gibt. Wenn es kein Abkommen mit der Union gibt, könnten bis zu 7.000 Lastwagen in Kent stranden und bis zu zwei Tage auf die Überquerung des Ärmelkanals warten... [Fortsetzung](#)

Kultur :

EL Greco im Prado



Das Prado-Museum beherbergt bis zum 28. Februar fünf Gemälde von El Greco aus einer Kirche in Illescas. Die Werke werden neben den Leinwänden des Altaraufsatzes von Dona Maria de Aragón ausgestellt, der im Museum aufbewahrt wird, um eine Konfrontation zwischen zwei wesentlichen Teilen des Werkes des Malers zu ermöglichen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Online-Ausstellung des Palais de Tokyo



Die Online-Ausstellung "Antikörper" des Palais de Tokyo untersucht bis zum 3. Januar 2021 das Thema der neuen Beziehungen, die wir im Zeitalter der physischen Distanzierung miteinander haben. Man versammelt die Werke von etwa zwanzig Künstlern der französischen und internationalen Kunstszene. Der Begriff der Intimität wird insbesondere in den figurativen Gemälden von Xinyi Cheng oder in dem Werk "Abstracted/Famlye" von Koki Tanaka angesprochen, in dem die familiäre Sphäre im Kontext der Ausgangsbeschränkungen untersucht wird... [Fortsetzung](#)

Online-Theater in Deutschland



Die Berliner Festspiele stellen in diesem Jahr drei Theaterstücke online: Molières "Der Menschenfeind", das in Berlin gefilmt wurde, Shakespeares "Hamlet", das in Bochum aufgenommen wurde, und "Der Mensch erscheint im Holozän", ein "visuelles Gedicht" des deutschen Regisseurs Alexander Giesche, das am 23. Januar in Zürich uraufgeführt wurde...
[Fortsetzung](#)

Online-Jazzmusik in London



Vom 13. bis 22. November findet das EFG London Jazz Festival, eines der größten Jazzfestivals der Welt, vollständig online statt. Ziel des Festivals ist es, Weltklassekünstler wie Orphy Robinson und Dutzende Konzerte von jungen britischen Kreativen und Musikern, für 9 Tage, zusammenzubringen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Photo Vogue-Festival in Mailand

Im Rahmen der 5. Ausgabe des von der Vogue in Mailand organisierten Fotofestivals werden bis zum 22. November mehr als 140 Bilder von 30 Fotografen unter freiem Himmel rund um den Park Porta Venezia ausgestellt. Ergänzend zu diesen



Ausstellungen finden vom 19. bis 22. November Vorführungen, Diskussionen über Modefotografie und umfangreiche Retrospektiven online statt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Arte Concert Festival



Vom 13. bis 15. November bietet das Arte-Konzertfestival gefilmte Konzerte aus dem Gaité lyrique in Paris, aus London und aus Los Angeles an. Zur Besetzung gehören unter anderem Sébastien Tellier, Yelle und London Grammar... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Agenda :



11. bis 13. November 2020
Brüssel
Plenarsitzung des Europäischen Parlaments



13. November 2020
Videokonferenz
Treffen der Innenminister



16. November 2020
Videokonferenz
Treffen der Landwirtschafts- und Fischereiminister

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



[Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung](#)

Die Redaktion des Newsletters :

Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Jérémy Cottrez, Thomas Hinzelin, Florian Da, Julian Parodi
Chefredakteur : Eric Maurice
Publikationschef : Pascale Joannin
N° ISSN : 2729-6482

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)